



CK 16. Juni 92 17

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

p.B.41.21.Cro.0

p.B.41.21.09 - WER/AZ

Bern, 16. Juni 1992

VERTEILER

- EJPD - Herrn Bundesrat A. Koller
- Bundesamt für Ausländerfragen
- Bundesamt für Flüchtlinge
- EVD - Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit
- EDA - Herrn Bundesrat R. Felber
- Herrn Staatssekretär J. Kellenberger
- Generalsekretariat
- Direktion für internationale Organisationen
- Direktion für Völkerrecht
- Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und
humanitäre Hilfe
- Abteilung für humanitäre Hilfe/SKH
- Politische Abteilung I
- Büro für die Zusammenarbeit mit Osteuropa
- Politische Abteilung III
- Politisches Sekretariat
- Finanz- und Wirtschaftsdienst

Schweizerische Vertretungen

Abu Dhabi	Kairo	Paris	Stockholm
Ankara	Kopenhagen	Prag	Washington
Belgrad	Lissabon	Riad	Wien
Bonn	Madrid	Rom	Zagreb
Budapest	Ottawa		

Schweiz. Mission bei den EG, Brüssel
Ständige Mission der Schweiz bei den i.O., Genf
Ständige Vertretung der Schweiz beim Europarat,
Strassburg

B E R I C H T

über das "International Emergency Meeting on Assistance to
Refugees and Displaced Persons", Zagreb, 9. Juni 1992



1. Allgemeines

Die Konferenz fand auf Initiative der kroatischen Regierung statt und wurde von Vizepremierminister Dr. Mate Granic geleitet. Als Empfängerstaaten waren ferner Slowenien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien vertreten. 17 Geberländer nahmen teil: Deutschland, CSFR, Italien, Frankreich, Oesterreich, Portugal, Ungarn, Dänemark, Schweden, Schweiz, Türkei, Vatikan, USA, Kanada, Vereinigte Arabische Emirate, Spanien, Aegypten. Das Niveau der Vertreter reichte vom Staatssekretär (Oesterreich) bis zum örtlichen Konsul (USA), bzw. Botschaftssekretär (Frankreich). Staatssekretär Kouchner liess informieren, er habe sich bis 30 km an Sarajewo hin gewagt; zur Mitarbeit an der Konferenz spürte er (oder der Quai d'Orsay?) sich nicht berufen. Deutschland, das ein humanitäres Verbindungsbüro in Zagreb unterhält, war durch Botschafter Holderbaum, Leiter des Referats humanitäre Hilfe im AA, vertreten.

Ferner nahmen teil:

- ein Vertreter der EG-Kommission
- die folgenden internationalen Organisationen: UNHCR, WHO, UNICEF, ICRC, IFRC, IOM, IGC, ICVA, MSF, IRC, IIRO, Caritas, Muslim Aid

2. Schweizerische Delegation

R. Weiersmüller
 W. Maurer, Generalkonsul, Zagreb
 L. Amberg, Abteilung HH/SKH
 W. Rumpf, Logistiker SKH, Zagreb

3. Bedürfnisse

Kroatien und Slowenien sind an der Grenze ihrer finanziellen und materiellen Leistungsfähigkeit angelangt und brauchen dringend zusätzliche Unterstützung. Kroatien kann noch mehr Personen aufnehmen, wenn es finanziell und materiell unterstützt wird. Slowenien möchte einen Teil der Vertriebenen weitergeben. In Slowenien befinden sich bosnische Staatsangehörige, die ohne Pass geflohen sind und Verwandte in der Schweiz haben. Die Regierung in Ljubljana bittet um Gewährung von Einreisevisas für diese Personen durch die Schweiz. Eine analoge Situation entwickelt sich in Kroatien. Sie ist in diesem Sinne beim Delegationsleiter und beim schweizerischen Generalkonsulat in Zagreb vorstellig geworden. Wir werden die Angelegenheit mit dem BfA und BFF aufnehmen.

Slowenien tritt für die Schaffung einer "safe zone" in Bosnien ein.

Die finanziellen Bedürfnisse Kroatiens, Sloweniens und Bosniens sind im beiliegenden Schlussdokument aufgeführt. Kroatien und Slowenien versuchen, Geber-Patenschaften für einzelne Flüchtlingslager ins Leben zu rufen. Bosnien präsentierte eine übertriebene Ueberschlagsrechnung: 125 Mio Dollar pro Monat. Kroatien und Slowenien bitten die internationale Staatengemeinschaft, die Hälfte der Fürsorgekosten für bosnische Vertriebene zu übernehmen. Für das Vierteljahr vom Juli bis September 1992 wären dies 105 Mio Dollar.

4. Weiteres Vorgehen

Am 22. Juni findet in Brüssel ein Treffen der G 24 statt, wo wesentliche Entscheide für die weitere Hilfe gefällt werden sollen. Die USA sind der Ansicht, dieses Gremium sei besonders geeignet. In einem ersten Teil der Sitzung sollen betroffene Staaten des ehemaligen Jugoslawiens angehört werden (Teilnahme Serbiens/Montenegro?); in einem zweiten Teil wird dann unter den Geberstaaten beraten. Da der Bundesrat am 1. Juni 1992 beschlossen hat, 10 Mio SFr. für die humanitäre Hilfe an das ehemalige Jugoslawien bereitzustellen, geht es für unser Land darum, in der G 24-Sitzung unseren Beitrag optimal einzusetzen. Ein neuer Bundesratsentscheid ist vorderhand nicht nötig.

5. Weitere Unterlagen

Herr Lorenzo Amberg, Programmbeauftragter der Abteilung HH/SKH der DEH hat einen detaillierten Bericht über seinen Besuch in Kroatien und die Konferenz verfasst (Beilage 1). Der Konferenzpräsident, Vizepremierminister Granic, fasste die Ergebnisse in einem von den Konferenzteilnehmern gebilligten Chairman's Summary (Beilage 2) zusammen

KOORDINATOR FUER INTER-
NATIONALE FLUECHTLINGSPOLITIK



(Rudolf Weiersmüller)

Beilagen

1. Bericht von L. Amberg
2. Chairman's Summary

3003 Bern, den 12. Juni 1992

**Bericht über einen Besuch in Kroatien 7.-10.6.1992 und die Teilnahme am
"International Emergency Meeting on Humanitarian Assistance for Displaced
Persons and Refugees" am 9.6.1992 in Zagreb
Humanitäre Situation und Hilfsmöglichkeiten**

1. Kontext

In dem knappen Jahr seit seiner Unabhängigkeitserklärung hat sich Kroatien unter schwierigsten Kriegsbedingungen mit allen Institutionen und Insignien einer **souveränen Republik** ausgestattet. Internationale Anerkennung, Aufnahme in die UNO bei gleichzeitiger Aechtung des feindlichen Nachbarn Serbiens, zugesagte Hilfe der Weltbank, Hoffnung auf baldige Befreiung der besetzten Gebiete und auf wirtschaftlichen Aufschwung stärken das Ansehen und das Selbstbewusstsein dieser jungen Demokratie. Innenpolitisch ist im Vorfeld von Parlamentswahlen dagegen eine **Verhärtung** festzustellen: Gerichtliche Klagen gegen unbotmässige Intellektuelle, Serienprozesse in Slawonien und Dalmatien wegen "Kollaboration mit dem Feind" und vor allem die am 8.6. erfolgte Schliessung des angesehenen Wochenmagazins Danas. Nach der Gleichschaltung der elektronischen Medien ist nun auch die Vielfalt der Printmedien klar eingeschränkt worden.

Die **humanitären Probleme** haben die kroatischen Behörden bisher noch unter Kontrolle. Mangel an Nahrungsmitteln und Medikamenten besteht höchstens punktuell. Als erste Priorität wird Bargeld genannt. Die medizinische Versorgung und das Netz der öffentlichen und privaten Hilfe funktioniert nach wie vor ausgezeichnet. Mit dem **Zustrom von neuen Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina** ist insofern eine Neuerung und eine Komplikation eingetreten, als man nun mit der Einrichtung von eigentlichen Flüchtlingslagern beginnen muss. Die gebäulichen Infrastrukturen sind ausgelastet. Durch die regelmässigen Berichte des SKH-Logistikers vor Ort, W. Rumpf, ist die Abteilung HH/SKH über die Entwicklung der humanitären Lage gut orientiert.

2. Ein Feldbesuch in Slawonien

Am 8.6.1992 wurde den Konferenzteilnehmern die - lediglich von neun Gästen wahrgenommene - Gelegenheit geboten, zwei kleine Städte, Pakrac und Lipik, ca. 100km östlich von Zagreb zu besichtigen. Lipik, wo vor dem Krieg 4000 Einwohner, je zur Hälfte Kroaten und Serben lebten, bietet ein eindrucksvolles Bild einer **totalen und systematischen Zerstörung**, wie man sie von Bildern aus dem 2. Weltkrieg kennt. Dies alles inmitten einer herrlich schönen hügeligen Landschaft, deren Felder heuer unbestellt blieben. Nach Angaben der Behörden sind in den heftigen Kämpfen im letzten August in diesen Ortschaften hundert kroatische Soldaten und weit über hundert Zivilisten ums Leben gekommen. Lipik ist heute eine Geisterstadt. Die einzigen "Bewohner" sind Soldaten, die die nahe Waffenstillstandslinie bewachen. Pakrac, eine in der Nähe gelegene, etwas grössere Stadt, ist dagegen zu "nur" etwa 60% beschädigt. Es besteht eine einigermaßen funktionierende Stadtverwaltung, hier und dort sind Bewohner mit Aufräumen oder Reparieren beschäftigt. Bereits die Nachbardörfer sind verschont geblieben. Auf der Weiterfahrt nach Bjelovar sind allerdings immer wieder bis auf den Grund zerstörte

Häuser zu sehen. Diese gehörten, nach Aussagen der Gastgeber, übergelaufenen Serben und wurden im Zuge von privaten Vergeltungsmassnahmen gesprengt.

Es ist in dieser Zeit, wo kein Krieg mehr, aber auch noch kein Friede herrscht, noch ungewiss, wieviele Bewohner in die zerstörten Ortschaften zurückkehren werden. Erste Priorität hat hier die **Hilfe für den Wiederaufbau**. Baumaterialien, Glas usw. sind lokal vorhanden, es fehlt aber an Geld und besonders an ausreichenden Sicherheitsgarantien. Die kroatische Seite knüpft viele Hoffnungen an die Realisierung des Planes der United Nations Protection Force (UNPROFOR), der u.a. die allmähliche Rückgabe der besetzten Gebiete an lokale Verwaltungen vorsieht. Damit soll am 15.6.92 begonnen werden. Obwohl die Lage hier wie auch in Ostslawonien allgemein ruhig ist, berichten doch die Zeitungen täglich von Schiessereien, Brandstiftungen u.ä.

Am 1. Juli 1992 wird das Fernsehen DRS in der "Rundschau" einen Bericht über diese Orte ausstrahlen. Eine TV-Gruppe besuchte gleichzeitig mit Botschafter Weiermüller und SKH-Logistiker W. Rumpf am 10.6. dieses Gebiet.

3. Das "International Emergency Meeting on Humanitarian Assistance for Refugees and Displaced persons" am 9.6. in Zagreb

Schweizerische Delegation:

- Botschafter R. Weiermüller, Delegationsleiter
- Generalkonsul W. Maurer, Zagreb
- L. Amberg, Programmbeauftragter Abt. HH/SKH
- W. Rumpf, SKH-Logistiker, Zagreb.

Die Konferenz, ein Folgetreffen von Wien (21.5.), wurde von der kroatischen Regierung organisiert, sie trug neben dem humanitären einen **deziert politischen Charakter**. Im Mittelpunkt standen die durch den Zustrom von bosnischen Flüchtlingen erschwerte humanitäre Situation in Kroatien. Den Vorsitz hatte Vizepremier M. Granic inne, eröffnet wurde das Treffen durch Premierminister F. Greguric. Von den 41 geladenen Staaten waren deren 18 anwesend, nämlich Bosnien-Herzegowina, Slowenien, Oesterreich, Ungarn, Deutschland, die Schweiz, Italien, Frankreich, die Türkei, der Vatikan, die USA, Kanada, Dänemark, Spanien, die CSFR, die Vereinigten Arabischen Emirate, Aegypten, in der Regel vertreten durch Verantwortliche für humanitäre Hilfe in den jeweiligen Ministerien oder durch auf Platz befindliche Botschafter bzw. Konsuln. Bosnien-Herzegowina und Slowenien waren durch ihre Vizepremier repräsentiert. Anwesend war auch ein Abgesandter der Regierung von Mazedonien. Für die beiden wichtigsten im Krisengebiet tätigen internationalen Organisationen sprachen der in Zagreb stationierte Programmverantwortliche des UNHCR und der Delegationsleiter des IKRK für Kroatien. Serbien und Montenegro waren weder eingeladen, noch bildeten die dortigen humanitären Probleme (300'000 - 350'000 Flüchtlinge und Vertriebene) ein Gesprächsthema.

3.1. Die Lage in Kroatien, Slowenien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina

Hauptanliegen der Organisatoren war es, die internationale Gebergemeinschaft auf das seit dem Ausbruch des Krieges in Bosnien in Kroatien zusätzlich entstandene gravierende Flüchtlingsproblem aufmerksam zu machen. In dieser Republik müssen heute 430'000 innerstaatlich Vertriebene aus Kroatien und 260'000 Vertriebene aus Bosnien-Herzegowina versorgt werden, also annähernd 700'000 Personen, was 15% der Gesamtbevölkerung entspricht. Allein im letzten Mai hat die Regierung nach eigenen Angaben für die Versorgung dieser beiden Kategorien 57 Mio US-Dollar aufgewendet, von

- 3 -

Juli 1991 bis Mai 1992 insgesamt 347 Mio. Dollar. Nach übereinstimmenden Berichten unserer Logistiker sind die inneren Vertriebenen bedeutend bessergestellt als die Vertriebenen aus Bosnien-Herzegowina; letztere sind fast ausschliesslich auf private Hilfe angewiesen. Da die Unterbringungskapazitäten offenbar erschöpft sind, wird der Bau von 20 Camps für je 5000 Flüchtlinge geplant. Ein solches Camp kostet 6 Mio Dollar, der Unterhalt für 3 Monate 0,5 Mio Dollar.

Die kroatische Regierung schlägt nun vor, die internationale Gebergemeinschaft möge die Hälfte der Kosten für die Vertriebenen aus Bosnien-Herzegowina und ein Viertel der Kosten für die innerstaatlich Vertriebenen in Kroatien übernehmen.

In Slowenien leben 60'000 Vertriebene, die internationale Hilfe kommt spärlich und langsam. Unsere Delegation wurde in einer Pause von Vizepremier Pucnik angefragt, ob die Schweiz sich allenfalls am Unterhalt eines der Flüchtlingscamps beteiligen wolle. Wir haben bisher Slowenien nicht unterstützt. Wir werden uns beim UNHCR erkundigen, ob im Rahmen ihrer Tätigkeit eine schweizerische humanitäre Organisation als Implementingpartner tätig ist, deren Aktivitäten wir allenfalls unterstützen könnten.

In Mazedonien befinden sich 25'000 Flüchtlinge, davon 90% Muslime. Kosten pro Monat 2 Mio Dollar.

Was die Lage der Vertriebenen, aber auch die humanitäre Nothilfe an die ansässige Bevölkerung allgemein betrifft, bestehen die weitaus grössten Bedürfnisse gegenwärtig in Bosnien-Herzegowina. Dort befinden sich 700'000 Vertriebene. Die bosnische Delegation bezifferte die Kosten für deren Versorgung mit 120 Mio Dollar pro Monat.

3.2. Durchgeführte und geplante Aktionen der wichtigsten Geberländer

- **Deutschland:** Bisher 25 Mio DM der Bundesregierung plus finanzielle Leistungen der Bundesländer und Sachleistungen der Bundeswehr. Zusätzlich sind 22,5 Mio DM beantragt.
- **Oesterreich** hat bis heute 60 Mio Schilling aufgewendet. Die Presseaktion "Nachbar in Not" hat innerhalb von 10 Tagen die Entsendung von 280 LKW mit Nahrungsmitteln und Medikamenten nach Kroatien ermöglicht. Ein Zeltorf für 500 Pers. soll auf Kosten der österr. Regierung errichtet werden.
- **Italien:** Bisher 8,5 Mia Lire. Will Camp für 5000 Flüchtlinge errichten und unterhalten.
- **Vatikan/Caritas:** 192 Kroatenmissionen in aller Welt liefern Sach- und Geldspenden. Mit letzteren werden Lokalkäufe getätigt.
- **Ungarn:** Hat 40 - 45'000 Vertriebene; Lage offenbar nicht dramatisch, obwohl mehr Hilfe benötigt wird.
- **Schweiz:** Botschafter Weiersmüller kündigte die kürzliche Gewährung eines Nachtragskredits von 10 Millionen Sfr für die Konfliktopfer aller vom Krieg betroffenen Regionen an. Die schweizerische Hilfe wird sich damit auf insgesamt 15 Mio Sfr. belaufen, ein Beitrag, der international gewiss gut dasteht.
- **CEE:** Letzter Beitrag 31 Mio Ecu, wovon 10 Mio für bisher 563 LKW-Transporte und Lokaleinkäufe verwendet wurden. 21 Mio Ecu stehen noch zur Verfügung. Für den 21.6.1992 wird eine humanitäre G-24-Konferenz in Brüssel angekündigt, zu der die Regierungen von Bosnien-Herzegowina, Kroatiens, Sloweniens und Ungarns eingeladen werden.

- 4 -

- **Frankreich:** Die spektakuläre Aktion B. Kouchners - kürzlicher Transport von Hilfsgütern bis 30 km vor Sarajewo - und Bereitschaft zu weiteren Sofortmassnahmen stehen im Vordergrund.

Bemerkenswert war die Teilnahme der **Türkei und Aegyptens** sowie von drei islamischen Hilfsorganisationen. Die **islamische Welt** manifestiert klar ihre verständliche Betroffenheit über die Tragödie der bosnischen Moslems. König Fahd von Saudiarabien hat für Bosnien-Herzegowina bereits 8 Mio Dollar freigestellt, in Kroatien will die International Islamic Relief Organization 2 - 3 Vertriebenenlager erstellen.

3.3. Internationale Organisationen

- **IKRK:** sobald es die im Operationsplan vom 6.6. festgehaltenen Sicherheitsgarantien verwirklicht sieht, wird es wieder in Bosnien-Herzegowina aktiv werden - in Tagen oder Wochen. Das IKRK bemüht sich nach Kräften, durch intensive Informationstätigkeit dem internationalen **humanitären Recht vermehrt Achtung** zu verschaffen, eine Notwendigkeit, auf die bereits Botschafter Weiersmüller in seiner Intervention hingewiesen hatte.
- **IOM:** Dieser Tage Eröffnung eines Büros in Zagreb. Hauptakzent auf Unterstützung von Heimkehrern.
- **UNHCR:** J. Mendiluce, der Verantwortliche für die Durchführung des UNHCR-Programms im ehemaligen Jugoslawien, forderte in seinem Referat die Beachtung humanitärer Grundsätze bei der Hilfeleistung: "The character of the UNHCR led operation is **strictly humanitarian**. Assistance is extended to **all victims of the conflict** according to need and regardless of their nationality or ethnic group. **UNHCR is not part of the political decision making bodies of the UN and must be seen as clearly separate from them. The sole criteria of all our operations here is humanitarian needs.**" Im Kontext gerade dieser Konferenz verdient diese klare Haltung hervorgehoben zu werden. Sie entspricht derjenigen der Abteilung Humanitäre Hilfe/SKH der DEH.

3.4. Fazit

Das Zagreber Treffen hat die Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft zu verstärkter Hilfe vor Ort aufgezeigt. Die Notwendigkeit, die grösste humanitäre Herausforderung in Europa seit dem 2. Weltkrieg solidarisch aufzunehmen, ist allgemein erkannt worden. **Die Öffentlichkeit konnte durch dieses Treffen weiter sensibilisiert werden.** Die Ausweitung des Jugoslawienkonflikts auf Bosnien hat die Bereitschaft zur Hilfe zweifellos beschleunigt. Es ist davon auszugehen, dass die angekündigten Hilfeleistungen recht bald realisiert werden. Die Prognosen für ein baldiges Ende des Krieges sind schlecht. Mit der Hilfe muss jetzt begonnen werden. Sie wird schweizerischerseits schwergewichtig den beiden Hauptmandatsträgern zukommen. Zweifellos haben die Gastgeber mit mehr verbindlichen Zusagen, besonders im Bereich der direkten Finanzhilfe an die Regierung, gerechnet und sind insofern etwas enttäuscht. Trotzdem ist das Ergebnis der Konferenz insgesamt als positiv zu beurteilen.

4. Vorschläge zuhanden der Abt. HH/SKH für weitere Hilfe

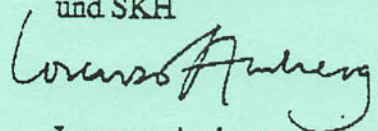
- Weitere Unterstützung von **IKRK** und **UNHCR** durch substantielle Beiträge
- **Slowenien:** Unterstützung eines Flüchtlingslagers (via UNHCR bzw. SRK oder Caritas Schweiz)
- **Kroatien:** Beibehaltung des SKH-Logistikers in Zagreb

- 5 -

- **Kroatien:** Fortsetzung der Wiederaufbauhilfe in Vinkovci via SRK (Spitalcontainer)
- **Kroatien:** Logistische und Sachhilfe für den Aufbau eines Camps, allenfalls unter Mitwirkung der Schweizer Armee, in Koordination mit dem UNHCR
- **Kroatien:** Unterstützung von Nothilfeprogrammen für die bosnischen Flüchtlinge in Split und Zupanja via Caritas
- **Bosnien-Herzegowina:** Unterstützung von Nothilfeprojekten, sobald diese unterbreitet werden
- **Serbien/Vojvodina/Montenegro, evtl. Kosovo und Mazedonien:** Vorabklärungen durch SKH-Logistiker, Unterstützung von allfälligen Hilfesuchen, allenfalls temporäre Stationierung eines Logistikers in Belgrad.
- aus humanitären Erwägungen wäre bei der G-24 in Brüssel der Standpunkt zu vertreten, dass zur vorgesehenen Konferenz in Brüssel (19. oder 21.6.) **sämtliche mit humanitären und Flüchtlingsproblemen konfrontierten Republiken des ehemaligen Jugoslawien** eingeladen werden.

Entwicklungszusammenarbeit
und humanitäre Hilfe

Abteilung humanitäre Hilfe
und SKH



Lorenzo Amberg



GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF CROATIA

International Emergency Meeting on
Assistance to Refugees and Displaced Persons

Zagreb, 9 June 1992

CHAIRMAN'S SUMMARY

1. The International Emergency Meeting on Assistance to Refugees and Displaced Persons held in Zagreb on 9 June, 1992 has been devoted to the biggest refugee catastrophe in Europe since the last World War. More than 2 million persons have been displaced as a result of the aggression of Serbia and Montenegro and the wars in Croatia and Bosnia and Herzegovina. The purpose of the meeting was to reach general agreement on priorities as regards emergency aid, to establish guidelines for appropriate burden-sharing arrangements and to further inter-agency cooperation so as to achieve the most efficient results.
2. This was the third in a sequence of inter-governmental meetings devoted to this problem: the first was arranged in Geneva on 28 April 1992 in the context of the Inter-governmental Consultations and the second in Vienna on 21 May 1992 at the invitation of the Austrian Government.
3. The Zagreb meeting was convened by the Government of the Republic of Croatia in cooperation with the Governments of Bosnia and Herzegovina and Slovenia. In addition to the delegations from these three Governments, which were headed by the respective Vice Prime Ministers, a delegation from the Government of Macedonia participated as well as Government delegations from the following States: Arab Republic of Egypt, Austria, Canada, Czech and Slovak Federal Republic, Denmark, France, Germany, Holy See, Hungary, Italy, Portugal, Spain, Sweden, Switzerland, Turkey, United Arab Emirates and United States of America (as observer).

The Commission of the European Communities was represented at the meeting, as well as the Monitor Mission in Croatia of the European Communities.

The following international organizations were represented: UNHCR, WHO, UNICEF, ICRC, IFRC, IOM, IGC, ICVA, MSF, IRC, IRO, Caritas and Muslim Aid.
4. It was heavily stressed that a major prerequisite for a solution to the escalating refugee crisis is to end the aggression and the war; reference was hereby made to the Security Council Resolutions 757 and 758.

5. After presentations made by the delegations of Croatia, Bosnia and Herzegovina and Slovenia, delegations took note of measures taken and discussed further action. Contributions well above the level of US \$ 100 million had already been forwarded by the EC Commission, by States and by voluntary organizations, to assist refugees and displaced persons in the region, either through UNHCR, WHO, UNICEF and ICRC or through other channels. Croatia, Bosnia and Herzegovina and Slovenia expressed their gratitude for all support given. A number of statements were made indicating further significant contributions. The need for considerable additional funding was underlined.
6. As regards the situation of displaced persons and refugees in Bosnia and Herzegovina, UNHCR and ICRC informed that they now will resume operations in the Republic. Many delegations stressed the urgent need of establishing conditions for the international humanitarian organizations to be able to securely carry out their activities, as well of creating safe corridors for the transport of food and other necessities. The idea of establishing security zones, where reception centres for displaced persons inside Bosnia and Herzegovina could be organized under UN or other international supervision, was also suggested.
7. It was acknowledged as a general principle that pending the option of voluntary return, which exists only when the armed conflict is brought to a halt, assistance to refugees and displaced persons should be provided as close to their homes as possible. More movements of refugees and displaced persons out of the region at a large scale should be avoided. In this connection, it was noted that significant flows of asylum-seekers has already reached a number of countries in Europe not close to the region.
8. One condition for the provision of such solutions in the region is that the relevant multilateral organizations (notably UNHCR, WHO, UNICEF, ICRC, IOM as well as NGO-s) obtain all necessary financial support for their humanitarian action in terms of assistance for the provision of food, medicaments etc. In particular, humanitarian aid to Bosnia and Herzegovina is of paramount importance. The monthly costs to meet the humanitarian needs of the civilian population in the Republic, through appropriate multilateral channels, is estimated at US \$ 125 million.
9. Moreover, a system for financial burden-sharing should be developed, so as to help receiving states in the region to cope with their heavy refugee burden. Taking into account the general economic problems faced by Croatia and Slovenia, and the devastating war damages in Croatia, the reception of such a large number of refugees and displaced persons puts a very heavy burden on the economies of these States. Attention was brought to the fact that the monthly State costs for the present refugee programs amount to about US \$ 60 million in Croatia (out of which half for internally displaced and half for refugees from Bosnia and Herzegovina) and to about US \$ 5 million per month in Slovenia.

10. It was suggested that the international community would seek to cater for half the costs for the refugee programmes in Croatia and Slovenia for people fleeing Bosnia and Herzegovina for the three month period July-September 1992, requiring a total contribution of US \$ 105 million.
11. The funds now mentioned would only cover subsistence costs at existing accommodation facilities. Therefore, taking into account the continued influx of refugees from Bosnia and Herzegovina, new temporary centres have to be established. Some neighbouring States have already initiated discussions with Croatia and Slovenia on the bilateral financing of such centres. It was proposed that European States decide to finance such a general burden-sharing scheme, implying that twenty new centres under construction or planning in Croatia (each for 5.000 persons), and that some of the existing centres in Slovenia, would be fully financed by volunteering European States or by interested organizations. The estimated investment cost for each new centre in Croatia is US \$ 6 million, while the monthly maintenance cost is estimated at US \$ 0,5 million. The total investment cost for twenty such centres would thus amount to US \$ 120 million and the running cost for a three month period to US \$ 30 million.
12. In sum, in addition to the funding of existing UNHCR/UNICEF/WHO and ICRC appeals for humanitarian assistance in the region, special vehicles for the financing of the refugee programmes in Croatia and Slovenia would have to be urgently established. To this end, funding requirements amounting to a total of at least US \$ 200 million would have to be met for the coming three month period to avoid a breakdown of reception capacities, with ensuing risks of movements all over Europe as a consequence.
13. In this connection it was noted with great satisfaction that G-24 shortly will be convened to a special meeting in Brussels at the invitation of the Commission of the European Communities, with a view to consider funding requirements in relation to the current refugee crisis. Among others, the Governments of Bosnia and Herzegovina, Croatia, Slovenia and Hungary will be invited to this meeting, as well as certain international organizations.
14. Finally, the offer made by the Government of Slovenia to in the near future host a technical follow-up meeting with States and organizations most concerned was most welcomed. The aim of this session would be to further elaborate the modalities for the burden-sharing scheme and providing concrete guidelines for co-ordinated multilateral action. Other international initiatives might also be taken.

Chairman of the Meeting

Dr. Maté Granić, Vice Prime Minister

